

Michael A. Lange

# KwaZulu-Natal nach den Parlamentswahlen 1999

## ■ Die IFP zu Beginn der demokratischen Ära

Nachdem sich die Inkatha Freedom Party (IFP) im Jahre 1994 erst nach langem Zögern bzw. nach Erhalt einiger wichtiger Zusicherungen seitens des ANC schließlich doch entschlossen hatte, an den ersten demokratischen Wahlen Südafrikas teilzunehmen, war die Partei vor allem für solche schwarzen Wähler von Bedeutung, die in ihr eine wirkungsvolle Herausforderung des zumindest damals noch als eher sozialistisch und zentralistisch geltenden ANC sahen.

Das zentralistische Denken vieler Mitglieder der damaligen ANC-Führung stellte nicht nur die von der IFP angestrebte föderalistische Struktur des neuen Südafrika in Frage, sondern bedrohte gleichzeitig die vielen Zulus in der Provinz KwaZulu-Natal wichtige weitgehende Eigenständigkeit der Provinz.

Bei den Stammwählern der IFP handelte es sich von jeher eher um ältere, traditionell ausgerichtete, weniger gebildete schwarze Landbewohner, die in der Provinz zahlenmäßig weiter dominierten, wohingegen der ANC eher in der jüngeren, mobilen, modern ausgerichteten, gebildeten schwarzen Stadtbevölkerung seine Anhänger fand.

Die IFP erreichte, nicht zuletzt wegen der damals noch deutlicheren ideologischen Gegensätze, auf nationaler Ebene mit einem Stimmenanteil von etwa 10,54 Prozent ein überraschendes, in dieser Höhe von den meisten politischen Beobachtern nicht erwartetes Wahlergebnis, das die Partei mit den insgesamt 43 Mandaten nicht nur zur drittstärksten Partei im neuen südafrikanischen Nationalparlament wer-

**Als nach den südafrikanischen Parlamentswahlen des Jahres 1994 die von Buthelezi geführte IFP auch in der für sie so wichtigen Provinz KwaZulu-Natal deutlich an Boden verlor und der ANC seine Position zunehmend ausbauen konnte, wurden die Stimmen leiser, die für die Zeit nach den Wahlen des Jahres 1999 eine Wiederauflage der Regierungskoalition beider Parteien prognostizierten. Dennoch kam diese zu Stande, wobei Buthelezi das ihm angebotene Amt des Vizepräsidenten ablehnte und den Posten des Premiers seiner Provinz beibehielt, um so dem Abrutschen seiner Partei vor allem in KwaZulu-Natal gegenzusteuern. Inzwischen sind aber auch die Chancen der IFP auf die Errichtung einer Zulu-Monarchie in der genannten Provinz gesunken – ist doch auch ihr Wunsch nach einer eigenen Provinzverfassung verblasst, nachdem die geplante kommunale Neuordnung das bisherige Gefüge traditioneller Clangrenzen ohnehin zu schwächen droht.**

■ In den Jahren seit 1994 hatten sich die politischen Verhältnisse in der Provinz langsam aber sicher zugunsten des ANC verschoben, was man nicht zuletzt an dem relativ schlechten Abschneiden der IFP in den verschobenen Kommunalwahlen des Jahres 1996 erkennen konnte.

den ließ, sondern ihr gleichzeitig auch noch den Anspruch verschaffte, in die vereinbarte „Regierung der Nationalen Einheit“ aufgenommen zu werden. Auf Provinzebene konnte die IFP damals mit einem Stimmenanteil in Höhe von 50,3 Prozent sogar eine, wenn auch knappe, absolute Mehrheit erringen und, gemäß den damaligen Vereinbarungen, auch in der Provinz KwaZulu-Natal mit dem ANC, der damals auf 32 Prozent der Stimmen gekommen war, eine Koalitionsregierung bilden.

In den Jahren seit 1994 hatten sich die politischen Verhältnisse in der Provinz langsam aber sicher zugunsten des ANC verschoben, was man nicht zuletzt an dem relativ schlechten Abschneiden der IFP in den verschobenen Kommunalwahlen des Jahres 1996 erkennen konnte, wo die Partei bereits zum ersten Mal ihre absolute Mehrheit in der Provinz einbüßte.

Umfragen vor den letzten Parlamentswahlen bestätigten dann diesen für die IFP ungünstigen Trend und ordneten diese, wenn überhaupt, dann nur noch ganz knapp vor dem ANC ein.

Nachdem der ANC in einer Kampfabstimmung den bisherigen Landesminister (Member of the Executive Council, MEC) für Verkehr: Sibusiso Ndebele, zum Nachfolger Jakob Zumas an die Spitze des ANC-Landesverbands gewählt und die IFP wenige Monate vor den Wahlen ihren Premier und Spitzenkandidaten Dr. Ben Ngubane völlig überraschend durch das nationale Kabinettsmitglied Lionel Mtshali ersetzt hatte, kam es schließlich zu der von den wenigsten erwarteten Wahlauseinandersetzung zwischen den beiden neuen Spitzenkandidaten Lionel Mtshali und Sibusiso Ndebele.

### ■ Das Wahlergebnis in KwaZulu-Natal

Nachdem sich die IFP-Führung bis zuletzt von den schlechten Umfrageergebnissen kaum beunruhigt gezeigt hatte, musste sie schließlich doch zur Kenntnis nehmen, dass sich in dieser für die IFP so wichtigen Provinz, nach Aussagen des IEC, vor den Wahlen erstmals mehr Bürger in den urbanen Zentren als in ländlichen Gebieten, die traditionell als IFP-strongholds gelten, hatten registrieren lassen. Dies drohte die IFP ihre Mehrheit zu kosten, was die Wahlergebnisse schließlich auch bestätigen sollten.

Zwar schaffte es die IFP noch ein (letztes?) Mal, mit ihren 34 Mandaten zur stärksten Fraktion zu werden, gegenüber einem ANC, der es auf immerhin 32 Mandate brachte und dem sich wenige Tage nach der Wahl die Minority Front des illustren Politikers Rahbansi mit ihren zwei Mandaten als Allianzpartner andiente; es war jedoch bemerkenswert, dass der ANC in der Provinz in etwa so viele Stimmen gewonnen wie die IFP verloren hatte.

Erklärt wurde diese neagtive Entwicklung für die IFP mit der Entscheidung der Partei, sich nicht dem Auszug der NP aus der Regierung der Nationalen Einheit auf nationaler Ebene anzuschließen. Damit erschien die Partei vor allem jenen konservativen weißen Wählern, die der IFP bei den vorangegangenen Wahlen ihre Stimme gegeben hatten, immer weniger als eine dem ANC gegenüberstehende oppositionelle Kraft. Schon bei den Kommunalwahlen des Jahres 1996 hatte sich gezeigt, dass die Partei vor allem in dieser Wählergruppe Einbußen erlitten hatte, was ihr Provinzwahlergebnis in KwaZulu-Natal bereits um sechs Prozent (von 50,3 auf 44,5 Prozent) hatte sinken lassen.

Parteien	1994 %	1996 %	1999 %	1994 Sitze	1999 Sitze
IFP	50,30	44,54	41,90	41	34
ANC	32,20	33,25	39,38	26	32
DP	2,20	3,34	8,16	2	7
NNP	11,20	12,71	3,28	9	3
MF	0,50		2,93	1	2
ACDP	-	0,52	1,81	1	1
UDM	-		1,17	-	1
PAC	0,70	0,14	0,26	1	-
FF	0,50	0,18	0,23	-	-
AEB	-		0,20	-	-
AZAPO	-		0,17	-	-
SOPA	-		0,12	-	-
MUM	-		0,08	-	-
<b>Gesamt</b>				<b>81</b>	<b>80</b>

**■ Provinz-Kommunalwahl-  
ergebnisse in KwaZulu-  
Natal**

Provinzwahlen 1994,  
Kommunalwahlen 1996,  
Provinzwahlen 1999

Der Rückgang der Unterstützung der IFP in den Provinzwahlen 1999 hat dann zwar nicht den aufgrund von Wählerumfragen befürchteten Umfang

erreicht, den ANC jedoch ermuntert, nach der Bildung der Allianz mit der Minority Front Ansprüche auf den Premierposten anzumelden.

Dies komplizierte die Entscheidung der IFP-Führung zugunsten einer in der Partei durchaus umstrittenen Wiederauflage der bisherigen Regierungskoalition aus IFP und ANC, zumal sowohl die NNP, welche mit einem Stimmenanteil von nur noch knapp 3,3 Prozent weithin an Bedeutung in der Provinz eingebüßt hatte, als auch die DP mit einem deutlich verbesserten Stimmenanteil von 8,16 Prozent Interesse zeigten, als Partner in eine IFP-geführte Koalition unter Ausschluss des ANC einzutreten.

Der mit Blick auf die Wahlen und die traditionelle Wählerschaft in den ländlichen Gebieten kurz vor den Wahlen neu installierte Provinzpremier Lionel Mtshali, der nicht nur in der IFP als Vertreter einer stärker traditionalistischen Linie galt, verfügte jedoch weder über die ungeteilte Sympathie des ANC noch diejenige der anderen möglichen Koalitionspartner. Die Pattsituation zwischen den bisherigen Koalitionspartnern in der Provinz machte jedoch eine Wiederauflage der IFP/ANC-Koalition wahrscheinlicher als jede andere Koalitionskonstellation, zumal die Regierungsbidung in KwaZulu-Natal in erheblichem Maße von den entsprechenden Entscheidungen auf nationaler Ebene beeinflusst werden sollten.

### ■ Koalitionsbildung auf nationaler Ebene

■ **Vielen galt vor allem auf nationaler Ebene eine Wiederauflage des bisherigen Regierungsbündnisses zwischen dem ANC und der IFP als die wahrscheinlichste Lösung, da sich mit einer solchen Entscheidung für den neuen Präsidenten und ANC-Vorsitzenden zahlreiche Vorteile verbänden.**

Vielen galt vor allem auf nationaler Ebene eine Wiederauflage des bisherigen Regierungsbündnisses zwischen dem ANC und der IFP als die wahrscheinlichste Lösung, da sich mit einer solchen Entscheidung für den neuen Präsidenten und ANC-Vorsitzenden zahlreiche Vorteile verbänden.

Durch die Bildung einer Koalition mit der IFP, sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene, so das Argument, würde es Mbeki erleichtert,

- die „Weiterentwicklung“ der südafrikanischen Verfassung mit Hilfe der IFP und der durch sie ermöglichten Zwei-Drittel-Mehrheit einfacher und weniger kritikanfällig bewerkstelligen zu können,
- den radikaleren Kräften in seiner eigenen Partei die Fortsetzung einer konservativen Wirtschaftspolitik (auch) als Zugeständnis an den eher kon-

servativen Koalitionspartner IFP leichter plausibel machen zu können sowie

- den IFP-Anhängern eine Zusammenarbeit mit dem ANC, nach Jahren der erbitterten Feindschaft, als etwas „Normales“ zu vermitteln und damit erste Vorkehrungen für eine erfolgreiche „Verschmelzung“ beider Parteien nach einem Rückzug Buthelezis aus der Politik treffen zu können.

Neben Vorteilen für Mbeki bot eine Fortführung der Regierungskoalition zwischen dem ANC und der IFP auch dem IFP-Führer Buthelezi und seiner Partei Vorteile:

- Buthelezi könnte durch eine Weiterführung der Koalition seiner Partei mit dem ANC über 1999 hin-aus weiterhin entscheidenden Einfluss auf die Regierungspolitik in Südafrika nehmen. Im Falle einer Ablehnung des Koalitionsangebots hätten sich „Absetzbewegungen“ einzelner Politiker und Mitglieder der IFP zum ANC verstärken und die Partei weiter in ihrer Substanz und Zukunftsfähigkeit schädigen können.
- Die Annahme des Koalitionsangebots auf nationaler Ebene würde gleichzeitig auch in der Provinz KwaZulu-Natal eine Wiederauflage der noch durch die Interimsverfassung sanktionierten bisherigen Regierungskoalition zwischen der IFP und dem ANC nahelegen, was in Zukunft eine harmonische, weil kooperative und damit erfolversprechende Regierungsarbeit in der Provinz KwaZulu-Natal erlaubt hätte.

All diese Faktoren ließen eine Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition zwischen der IFP und dem ANC sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene als naheliegend erscheinen. Auch der Wunsch der ANC-Führung unter Mbeki, dessen erste Amtszeit mit einer die beiden größten schwarzen Bevölkerungsgruppen Südafrikas versöhnenden Geste der Kooperationsbereitschaft zu beginnen, mag für die schließlich erfolgte Koalitionsbildung ausschlaggebend gewesen sein.

Angesichts einer möglichen Entwicklung, in der es dem ANC allein nicht mehr gelingen würde, eine wachsende Zahl enttäuschter Wähler vor der Anfälligkeit für einfache politische Problemlösungskonzepte zu schützen und deren Durchsetzung mit Hilfe

radikalerer politischer Gruppierungen links vom ANC zu verhindern, erschien dabei vielen politischen Beobachtern eine weitere Zusammenarbeit zwischen dem ANC und der IFP durchaus sinnvoll.

### ■ Regierungsbildung in KwaZulu-Natal

Nachdem viele Beobachter nach dem überraschend guten Abschneiden der IFP auf nationaler Ebene und der demonstrativen Einladung an den IFP-Führer, bei der abschließenden IEC-Veranstaltung gemeinsam mit Mbeki die offiziellen Wahlergebnisse entgegenzunehmen, damit gerechnet hatten, dass dem IFP-Führer das Amt des Vizepräsidenten zufallen werde, hatte die ANC-Parteiführung Buthelezi das Vizepräsidentenamt offensichtlich nur im Tausch gegen das Amt des Premiers in KwaZulu-Natal angeboten. Da der IFP-Präsident einen solchen Tausch nicht annehmen wollte bzw. mit Blick auf den damit drohenden Machtverlust in seiner Stammprovinz nicht annehmen konnte, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, aus Eitelkeit die politische Führung seiner Provinz dem inzwischen einflusslosen Vizepräsidentenamt zu opfern, lehnte Buthelezi diesen Deal ab.

Zwar einigten sich die Parteiführungen von ANC und IFP in langen Verhandlungen schließlich doch noch einmal darauf, die bisherige Koalition, auch in KwaZulu-Natal, fortzusetzen, allerdings liegt auf dieser Entscheidung seither der Schatten der Ablehnung des Vizepräsidentenamtes durch den IFP-Führer Buthelezi.

■ ■ ■ Zwar einigten sich die Parteiführungen von ANC und IFP in langen Verhandlungen schließlich doch noch einmal darauf, die bisherige Koalition, auch in KwaZulu-Natal, fortzusetzen, allerdings liegt auf dieser Entscheidung seither der Schatten der Ablehnung des Vizepräsidentenamtes durch den IFP-Führer Buthelezi.

---

#### KwaZulu-Natal

---

Premier	Mr. L Mtshali (IFP)
Agriculture & Env. Affairs	Naredi Singh (IFP)
Education and Culture	Ms. E Shandu (IFP)
Ec. Dev. and Tourism	Mr.M Khulu (ANC)
Finance	Mr. P Miller (IFP)
Health	Ms. Z Mkhize (ANC)
Housing	Dumisane Makhaye (ANC)
Loc. Gov. and Trad. Affairs	Nyanga Ngubane (IFP)
Public Works	Mr. C Mtetwa (IFP)
Soc. Wel.fare and Pop. Dev.	Gideon Zulu (IFP)
Transport	Mr. S Ndebele (ANC)

---

### ■ Herausforderungen an die neue Koalitions- regierung in KwaZulu-Natal

Aus der Fülle der Herausforderungen, denen sich die neue Koalitionsregierung in KwaZulu-Natal gegenüber sieht, ragen drei an Bedeutung heraus:

- der Friedensprozess zwischen den Parteimitgliedern der Koalitionspartner IFP und ANC in der Provinz,
- der Verfassungsprozess zur Formulierung und Verabschiedung einer neuen eigenen Provinzverfassung für KwaZulu-Natal und
- die Rolle der traditionellen Führer in der neuen Kommunalordnung Südafrikas bzw. vor allem in der Provinz KwaZulu-Natal.

Als wesentlicher Grund für die Wiederauflage der IFP-ANC-Koalition sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene wird das Bestreben Mbekis gesehen, die Aussöhnung zwischen den seit Beginn der neunziger Jahre zutiefst zerstrittenen Volksgruppen der Xhosas (ANC) und Zulus (IFP) voranzubringen. Tausende von ANC- und IFP-Mitgliedern, welche den genannten Volksgruppen angehören, sind den Rivalitäten und politischen Auseinandersetzungen während der Übergabe der politischen Macht an die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika in den Jahren 1990 bis 1994 zum Opfer gefallen, was schon Mandela dazu veranlasst hatte, den Regelungen hinsichtlich einer „verordneten“ Regierung der nationalen Einheit (unter Beteiligung der IFP) zuzustimmen. Nach fünf Jahren der „verordneten“ Zusammenarbeit sollte es jetzt keinen Bruch geben; vielmehr zeigte sich der ANC bestrebt, vor allem mit Blick auf die sich für ihn positiv darstellende politische Entwicklung in KwaZulu-Natal, den Friedensprozess, d.h. die Koalition in der Regierung der Provinz, fortzusetzen. Eine weitere, friedliche Legislaturperiode würde dem ANC wohl helfen, bei den nächsten Wahlen, spätestens bei den nächsten Provinzwahlen im Jahre 2004, vielleicht jedoch schon bei den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 2000/2001 in der Provinz eine Mehrheit zu erringen und es dem ANC erlauben, die politische Macht in der Provinz auf friedliche Weise zu übernehmen.

Konflikte zwischen den Koalitionspartnern würden eher der IFP helfen, ihre Mitglieder zu mobili-

■ Als wesentlicher Grund für die Wiederauflage der IFP-ANC-Koalition sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene wird das Bestreben Mbekis gesehen, die Aussöhnung zwischen den seit Beginn der neunziger Jahre zutiefst zerstrittenen Volksgruppen der Xhosas (ANC) und Zulus (IFP) voranzubringen.

sieren, d.h. gegen den Koalitionspartner zu mobilisieren, und eine Niederlage an den Wahlen unwahrscheinlicher zu machen bzw. den möglichen politischen Machtwechsel in der Provinz zugunsten des ANC nicht konfliktfrei geschehen zu lassen. Der Friedensprozess soll (aus der Sicht des ANC) also nicht nur humanen Zwecken dienen, sondern dem ANC wohl auch politisch den Boden für eine sanfte politische Machtübernahme bei einer der kommenden Wahlen in der Provinz bereiten helfen.

Für die zwischen beiden Parteien zur Überraschung vieler politischer Beobachter, die sich noch an die resolute Ablehnung von Provinzverfassungen durch den ANC erinnern konnten, vereinbarte Verabschiedung einer eigenen Provinzverfassung für KwaZulu-Natal gab es dagegen wohl eher vordergründige Motive. Die entsprechende Provinzverfassung im Western Cape hatte es der dortigen Provinzregierung (auf der Basis einer entsprechenden Entscheidung des Verfassungsgerichts) erlaubt, eine von der Regierung vorgesehene Verringerung der Zahl der Abgeordneten des Provinzparlaments sowie der Zahl der Kabinettsposten zu verhindern.

Ein ähnliches Vorgehen auf der Grundlage entsprechender Regelungen innerhalb einer neu zu beschließenden eigenen Provinzverfassung könnte der Provinzregierung in KwaZulu-Natal ebenfalls das Recht geben, die Abgeordnetenzahl bzw. vor allem die Zahl der Kabinettsposten zu erhöhen. Davon verspricht sich vor allem der ANC einen Zuwachs an Regierungsbeteiligung und Einfluss, was der IFP diesen lange ersehnten Wunsch nach einer eigenen Provinzverfassung in jüngster Zeit etwas vergällt hat.

Die IFP sieht darüber hinaus heute – zumal innerhalb einer Koalition mit dem ANC – weniger Chancen als in der Vergangenheit, ihre Vorstellungen von einer Absicherung der Zulu-Monarchie im Rahmen einer solchen Provinzverfassung zu realisieren. Damit hat das Projekt einer eigenen Provinzverfassung für KwaZulu-Natal heute für die IFP nicht mehr die Attraktivität, die es noch vor einigen Monaten hatte.

Der aktuelle Prozess der kommunalen Neuordnung in Verbindung mit der schon von Beginn an umstrittenen, die kommenden Kommunalwahlen vorbereitenden Gebietsreform hat bisher unter den traditionellen Führern in Südafrika unterschiedliche

■ Die IFP sieht heute – zumal innerhalb einer Koalition mit dem ANC – weniger Chancen als in der Vergangenheit, ihre Vorstellungen von einer Absicherung der Zulu-Monarchie im Rahmen einer solchen Provinzverfassung zu realisieren.

Reaktionen hervorgerufen. Vor allem jene in KwaZulu-Natal, die in der Mehrzahl der IFP zuneigen, haben gegen die Pläne der Regierung protestiert, während sich die eher dem ANC verbundenen traditionellen Führer der Dachorganisation CONTRALESA in der Eastern Cape-Provinz bisher zurückhaltender geäußert haben. Die Chiefs aus KwaZulu-Natal begründeten ihren Protest mit der angeblich nicht ausreichenden Konsultation der traditionellen Führer in KwaZulu-Natal, was die territoriale Neuordnung der Kommunen und die zukünftige Rolle der traditionellen Führer in den neuen politischen Gremien angeht.

Die Grenzen der neuen Gebietskörperschaften (municipalities, districts) stehen in einigen Fällen im Gegensatz zu traditionellen Clangrenzen, also den Herrschaftsgebieten traditioneller Führer, und spalten damit die Einflussspähren traditioneller Führer. Diese sind der Meinung, die Grenzen der neuen Gebietskörperschaften sollten den Grenzen der traditionellen Stammesgebiete entsprechen; nicht zuletzt, damit die bisherige Praxis (in KwaZulu-Natal), traditionelle Führer mit staatlichen Mitteln zur Entwicklung ihrer Gebiete“ zu versorgen, auch in Zukunft beibehalten werden kann.

Der mit der Grenzziehung beauftragte Demarcation Board ist dagegen der Meinung, man müsse die Grenzen der Gebietskörperschaften entsprechend dem Municipal Structures Act nach sozioökonomischen Kriterien bestimmen, um sie besser administrieren, d.h. eine koordinierte und damit bessere Versorgung der Gebiete mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sicherstellen zu können. Kritisch scheint einigen traditionellen Führern dabei vor allem die Eingliederung ländlicher Gebiete unter ihrer Kontrolle in die erweiterte Metropolitan Area Durban, weil sie befürchten müssen, dann einer ANC-dominierten Stadtverwaltung untergeordnet zu werden. Ähnliches befürchten auch jene traditionellen Führer, deren Gebietskörperschaften keine ordentliche Verwaltung bzw. *no delivery* zu Wege bringen, weil in solchen Fällen in Zukunft die *district councils* Rechte und Pflichten der traditionellen *municipal councils* übernehmen können. In solchen Fällen müssen sich traditionelle Führer in ihren

■ Die Grenzen der neuen Gebietskörperschaften (municipalities, districts) stehen in einigen Fällen im Gegensatz zu traditionellen Clangrenzen, also den Herrschaftsgebieten traditioneller Führer, und spalten damit die Einflussspähren traditioneller Führer.

eigenen Clangebieten zunehmend als fremdbestimmt empfinden, was ihre Autorität zu untergraben droht.

Es ist offensichtlich, dass diese Auseinandersetzungen dann politische Relevanz erhalten werden, wenn die IFP sich wie bisher die Position der traditionellen Führer zu Eigen macht und der ANC auf der Umsetzung des Municipal Structures Act, dem die IFP – wohl in Unkenntnis aller Implikationen – im nationalen Parlament zugestimmt hat, beharrt.